

Kein Ende des sozialdemokratischen Zeitalters – Arbeitszeitverkürzung als Grundlage einer neuen sozialen Ordnung

Fritz Böhle

Bereits in den 1980er Jahren sprach der Soziologe und Politiker Ralf Dahrendorf vom „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“. Nicht Misserfolge, sondern vielmehr die Erfolge würden das politische Programm der Sozialdemokratie hinfällig machen. Wie schon Bismarcks Initiative zur Einführung der staatlichen Sozialversicherung zeigt, beruhen dabei wesentliche Erfolge der Sozialdemokratie auf der Anpassung von Konservativen und Liberalen an das Programm der staatlichen Regulierung kapitalistischer Ökonomie. Auch die Hinwendung der konservativen Parteien zur sozialen Marktwirtschaft sowie in der neueren Entwicklung speziell die von Angela Merkel repräsentierte Politik lassen sich durchaus in dieser Weise deuten. So bestehen und entstehen zwar nach wie vor soziale Probleme von Armut im Alter bis hin zur Integration von Geflüchteten, doch sozialdemokratische Forderungen wie ‚bezahlbarer Wohnraum‘ oder ‚soziale Gerechtigkeit‘ signalisieren kaum (mehr) ein eigenständiges politisches Programm. An die Stelle der ‚sozialen Frage‘ sind die Umwelt, das Klima und der ökologische Umbau der Gesellschaft getreten. Die parteipolitischen Fronten verlaufen nun nicht mehr zwischen konservativ-liberal und sozial, sondern eher zwischen konservativ-liberal und grün, und zugleich zeichnet sich bereits eine neue umweltpolitische Profilierung im konservativen wie auch liberalen Lager ab.

Doch erscheint es fraglich, ob sich damit auch der politische Auftrag der Sozialdemokratie erledigt hat. Es bedarf nicht nur auch weiterhin eines massiven politischen Drucks bei der Auseinandersetzung mit sozialen Problemen; es bestehen darüber hinaus auch neue gesellschaftliche Herausforderungen, die in den Kernbereich des sozialpolitischen Programms fallen. Um dies zu erkennen, lohnt ein kurzer Rückblick in die historische Entwicklung.

Regulierung von Erwerbsarbeit

Die sozialdemokratischen Parteien waren mit allen Ländern Europas mit der Frage konfrontiert, ‚gegen‘ den Kapitalismus eine Revolution oder ‚mit ihm‘ eine Reform anzustreben. Sie entschieden sich bekanntlich für letzteres. Ein zentraler – direkter und indirekter – Erfolg der sozialdemokratischen Politik besteht darin, die kapitalistische Lohn- und Erwerbsarbeit gesellschaftlich als eine sozial akzeptable und stabile Lebensform zu verankern. Hierzu trugen nicht nur die Institutionen der Sozialversicherung bei, sondern vor allem auch die gesetzliche Regulierung des Arbeitsverhältnisses sowie Anerkennung der Gewerkschaften und deren Tarifpolitik. Wichtige Elemente waren dabei neben der Erhöhung der Löhne die Regulierung der Arbeitszeit: die Einführung des Acht-Stunden-Tages und der 40-Stunden-Woche. Gegenüber den Institutionen der Sozialversicherung und der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates geraten die soziale Bedeutung der Regulierung des Arbeitsverhältnisses und speziell der Arbeitszeit leicht in

den Hintergrund. Doch mit dem Acht-Stunden-Tag verband sich zugleich eine grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Lohnarbeit und Produktionsmethoden.

Vom Proletarier zum Bürger

Mit dem Acht-Stunden-Tag erfolgte der Umstieg von einer extensiven zu einer intensiven Nutzung menschlichen Arbeitsvermögens. An die Stelle der Ausdehnung des Arbeitstags trat nun die Steigerung der Intensität der Arbeitsleistung. Auch wenn nun Arbeit mechanisiert, zergliedert und standardisiert wurde, war dies zugleich die Grundlage für eine bis dahin unvorstellbare Steigerungen der Löhne – Vor allem führten der Acht-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche aber auch zu einem neuen Arrangement zwischen Erwerbsarbeit und Lebensgestaltung insgesamt. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit traten Arbeiter und Angestellte gesellschaftlich nicht mehr nur als Arbeitende, sondern auch als Konsumenten und selbstverantwortliche Bürger in Erscheinung. Die Auflösung des proletarischen Milieus erfolgte daher nicht nur durch den steigenden Wohlstand, sondern auch durch ein neues zeitliches Arrangement zwischen Erwerbsarbeit und Lebensführung insgesamt. So wurden auch gewerkschaftliche Forderungen wie ‚Samstags gehört Vati uns‘ trotz Widerständen zu einer wichtigen arbeitspolitischen Flankierung der speziell von konservativer Seite geförderten Familienpolitik.

Konflikt zwischen Arbeitszeit und dem Wandel individueller und gesellschaftlicher Anforderungen

Die Regulierung von Erwerbsarbeit ist seit ihren Anfängen ein Kernbereich sozialdemokratischer Politik. In den 1970er Jahren wurde dies nochmals am Programm zu einer ‚Humanisierung des Arbeitslebens‘ besonders deutlich. Gegenwärtig erweist sich erneut die Regulierung der Arbeitszeit als eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung. Dies ist bisher jedoch noch kaum in seiner Dringlichkeit und Reichweite erkannt. Die Anstöße hierfür kommen nun vor allem aus Veränderungen im Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Lebensgestaltung insgesamt.

Die Einführung des Acht-Stunden-Tages und die Verkürzungen der Wochenarbeitszeit orientierten sich an Modellen der Lebensgestaltung, die sich mittlerweile grundlegend gewandelt haben. Die zeitliche Beanspruchung durch Erwerbsarbeit, trotz Acht-Stunden-Tag und Fünf-Tage-Woche, gerät zunehmend in Konflikt mit gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Ansprüchen außerhalb der Erwerbsarbeit. Auch wenn für die Haushaltsführung vielfältige Entlastungen eingetreten sind, so hat sich zugleich das qualitative Spektrum von Anforderungen und Ansprüchen an die Lebensgestaltung erheblich erweitert. Grundlegende gesellschaftliche Ziele wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleiche Chancen für Frauen und Männer im Arbeitsleben, häusliche Pflege, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine nachhaltige Lebensweise lassen sich nur verwirklichen, wenn die zeitliche Beanspruchung durch Erwerbsarbeit deutlich – auf max. 30 Stunden pro Woche - reduziert wird. Es geht daher nicht nur um mehr Freizeit, sondern um mehr Zeit für andere individuelle und gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten und andere Arbeit wie Erziehung, Care, Eigenarbeit, gesundheitsförderliche und nachhaltige Lebensführung soziales und politisches Engagement, lebenslanges Lernen, und kulturelle Beteiligung.

Produktivitätssteigerung und neue Formen von Arbeit

Mit der Digitalisierung und dem Einsatz von KI vollziehen sich weitreichende Veränderungen in Produktion, Verwaltung und Dienstleistung. Vor allem auch ‚geistige‘ Arbeit wird nun technisiert und rationalisiert. Durch die damit verbundene Steigerung der Produktivität entstehen neue Möglichkeiten, trotz Verkürzung der Arbeitszeit das Einkommensniveau zu halten und weiter zu steigern. Auch nehmen Formen von Arbeit zu, bei denen die Qualität des Ergebnisses nur durch eine geringere zeitliche Beanspruchung erreicht und garantiert werden kann. Und schließlich trägt die Verkürzung der Arbeitszeit auch zur Bewältigung personeller Freisetzungen in Folge der Digitalisierung und des Einsatzes von KI bei.

Produktivitätssteigerung und ökonomische Umverteilung

Die genannten Produktivitätseffekte und neuen Formen von Arbeit treten nicht in allen Beschäftigungsbereichen auf. Aufgrund des Wandels der Lebensgestaltung ist jedoch generell eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. In hoch arbeitsintensiven Bereichen trägt sie zudem auch dazu bei Gefährdungen der Gesundheit zu vermeiden. Um eine Teilhabe an der Einkommensentwicklung in allen Beschäftigungsbereichen zu gewährleisten ist daher ein Ausgleich zwischen hochtechnisiert-produktiven und arbeitsintensiven Beschäftigungsbereichen insbesondere bei sozialen Dienstleistungen notwendig. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik gilt es dementsprechend durch eine an sozialer Nützlichkeit und Gerechtigkeit orientierten Lohnpolitik zu erweitern.

Von der Arbeiterpolitik zur Arbeitspolitik

Das sozialdemokratische Zeitalter erscheint vor diesem Hintergrund keineswegs zu Ende – ganz im Gegenteil: gerade der Sozialdemokratie käme heute die Aufgabe einer Umgestaltung von Erwerbsarbeit und ihres Stellenwerts in der sozialgesellschaftlichen Ordnung zu. Im Unterschied zu der in den Diskussionen zum Grundeinkommen vertretenen Auffassung richtet sich ein solches Programm gegen die Aufspaltung der Gesellschaft in ‚Erwerbstätige‘ und erzwungener oder selbstgewählter Nicht-Erwerbstätigkeit. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit für – im Prinzip – alle und möglichst lange ist und bleibt ein zentrales gesellschaftspolitisches Ziel. Der Stellenwert der Erwerbsarbeit im Rahmen der individuellen Lebensgestaltung und Gesellschaft insgesamt verändert sich jedoch. In dieser Perspektive wäre die Sozialdemokratie zukünftig zwar nicht mehr eine ‚Arbeiterpartei‘, aber sehr wohl eine Partei, in deren Zentrum die Gestaltung von Arbeit steht; nun allerdings sowohl von Erwerbsarbeit als auch ihres Zusammenhangs mit anderen Formen notwendiger und sinnvoller Arbeit.

Kontakt

Prof. Dr. Fritz Böhle (fritz.boehle@phil.uni-augsburg.de)

Dr. Ursula Stöger (ursula.stoeger@phil.uni-augsburg.de)

Forschungseinheit für Sozioökonomie der Arbeits- und Berufswelt, Universität Augsburg,
Eichleitnerstr. 30, 86159 Augsburg